

# presse

---

## **Deutsche Werften in schwierigem Gewässer ohne Geleit der Bundesregierung**

Zu den Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD zu den Perspektiven der Schiffbauförderung erklärt der Maritime Koordinator der SPD-Bundestagsfraktion Uwe Beckmeyer:

Die deutschen Werften sind in schwierigem Gewässer ohne Geleit unterwegs. Das zeigen die Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD. Die deutschen Schiffbauunternehmen könnten bei ihrer Neuausrichtung nicht auf Unterstützung durch die Regierungskoalition hoffen.

Seit 2008 mussten sieben Seeschiffswerften in Deutschland Insolvenz anmelden; betroffen waren rund 6.000 Beschäftigte. Damit setzt sich der Abwärtstrend auf dem Werften-Arbeitsmarkt fort: Die Beschäftigtenzahl im deutschen Schiffbau ist seit 2008 um mehr als 20 Prozent gesunken. Schwierig ist auch die Auftragsentwicklung. Seit Ende 2011 finden sich keine Containerschiffe mehr im Auftragsbestand der deutschen Werften. 2008 wurden noch 50 Containerschiffe von deutschen Schiffbauunternehmen abgeliefert. Aufgrund der im Weltschiffbau weiter vorhandenen Subventionen und Wettbewerbsverzerrungen ist die Konkurrenz in allen Marktsegmenten härter geworden. Auch dies machen die Antworten auf die Fragen der SPD deutlich.

Das zeigt: Die deutschen Werften müssen umdenken und neue Geschäftsfelder erschließen. Doch im Offshore-Bereich konnten sich die deutschen Schiffbauer gegenüber der ausländischen Konkurrenz bisher nicht durchsetzen. So wurden Aufträge für den Bau von Errichterschiffen für Windenergieanlagen in der deutschen Nord- und Ostsee mit einer Ausnahme an ausländische Werften vergeben. Insgesamt liegt der Anteil des Offshore-Segments an der Werftenauslastung unter zehn Prozent. Es ist daher dringend notwendig,

Investitionen in diesem Bereich anzuschieben, und dafür braucht es politischen Rückenwind.

Doch die Bundesregierung lehnt es weiterhin ab, das bestehende Offshore-Sonderprogramm der KfW-Bank für die Finanzierung von Offshore-Strukturen und Spezialschiffen zu öffnen oder ein spezielles Programm aufzulegen. Auch das Konzept eines speziellen Förderprogramms „Green Shipping“ wird mit Hinweis auf nicht vorhandene haushaltspolitische Spielräume von der Bundesregierung nicht weiter verfolgt. Unsere Werften brauchen aber dringend bessere Rahmenbedingungen für Finanzierungen und für Forschung und Entwicklung, um auch in der Krise wettbewerbsfähig zu bleiben.